

Antrag an den Kreisparteitag der CDU Kiel  
Für den Antrag: Tobias von der Heide, MdL

### **Parteiarbeit in Kiel als ehrenamtliches Engagement in Kiel stärken**

Die Arbeit von Parteien und deren zugehörigen Gliederungen und Vereinigungen ist wesentlicher Teil der Meinungsbildung in unserer Gesellschaft und Demokratie. Nicht ohne Grund werden Parteien ausdrücklich in unserem Grundgesetz erwähnt. Dort heißt es in Artikel 21, dass Parteien bei der politischen Willensbildung mitwirken.

In den vergangenen Jahren ist die ehrenamtliche Parteiarbeit im öffentlichen Raum schwieriger geworden. Auch in Kiel dürfen für Parteiveranstaltungen städtische und andere öffentliche Gebäude und Räumlichkeiten nicht uneingeschränkt überlassen werden. Daneben sind Auflagen für die Durchführungen von Informationsständen und Plakataktionen strenger geworden. Diese Entwicklung schränkt die Möglichkeiten von örtlicher Parteiarbeit ein und schadet damit der Demokratie vor Ort.

Daneben beobachten wir weiter ein Sinken der Wahlbeteiligung. Das ist ein Phänomen, das an Kiel nicht vorbeigeht. In einigen Stadtteilen liegt die Wahlbeteiligung mittlerweile regelmäßig unter 20 Prozent. Das ist kein Zustand, den man akzeptieren sollte. Neben den Parteien sollte auch die Stadt Kiel stärker über Konzepte und Strategien nachdenken, wie man diesem Problem begegnen kann.

Aus diesen Gründen fordert die CDU Kiel:

- Parteien und deren zugehörige Gliederungen und Vereinigungen sollten öffentliche Räumlichkeiten mindestens genauso nutzen dürfen wie andere Organisationen der Stadtgesellschaft.
- Infostände von Parteien und deren zugehörigen Gliederungen und Vereinigungen sollten an allen Orten, wo sich Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum treffen und aufhalten, genehmigt werden. Das gilt auch für Stände auf Wochenmärkten und anderen Veranstaltungen der Stadt Kiel.
- Parteien und deren zugehörige Gliederungen und Vereinigungen sollten ohne Einschränkungen für Veranstaltungen und politische Positionen auch außerhalb von Wahlkämpfen werben dürfen. Dabei sollte die Anzahl der Plakate nicht begrenzt werden.
- Die Stadt Kiel sollte Konzepte und Strategien entwickeln, um die Bürgerinnen und Bürger stärker für die Teilnahme an Wahlen zu motivieren.
- Insbesondere sollte die Stadt zu jeder Wahl in den entsprechenden Wahlkreisen Podiumsdiskussionen mit den Kandidatinnen und Kandidaten aller Parteien und deren zugehörigen Gliederungen und Vereinigungen veranstalten und dazu öffentlichkeitswirksam einladen.
- Es soll geprüft werden, ob mobile Wahlbüros für Briefwahlen im Stadtgebiet zum Einsatz kommen können, um so die Teilnahme an Wahlen vereinfachen.



- Parteien und deren zugehörigen Gliederungen und Vereinigungen sollten stärker in Veranstaltungen und Aktivitäten der Stadt Kiel eingebunden werden und als Teil des ehrenamtlichen Engagements der Stadtgesellschaft sichtbar werden.